

DIE LINKE.

Ausgabe IV/08

Wo Handels- und Dienstleistungszentrum draufsteht, soll sicherlich ECE rein.

Was früher ECE hieß, wandelte sich nun nach der Pleite wegen der fehlenden Ausschreibung des Verkaufes des städtischen Geländes in Handels- und Dienstleistungszentrum um. Dennoch machen vor allen Dingen CDU und FDP keinen Hehl daraus, dass sie ein Einkaufszentrum von ECE am Platz des ehemaligen Stadttheaters haben wollen.



Im Zusammenhang mit der Verabschiedung der Eckpunkte des europaweiten Vergabeverfahrens für dieses Handels- und Dienstleistungszentrums im Rat am 24.9.08 stellte Ratsherr Helmut Schaper für die LiLO - Linke Liste Mönchengladbach die Gründe für eine Ablehnung dieses Projektes dar.

Wir drucken nachstehend die Erklärung ab.

„Die Befürworter glauben mit ihren Vorstellungen für dieses Gelände, dass Ihnen damit der große Wurf gelingt. Wir hängen diesem Glauben nicht an. Seit dem Beschluss, das Stadttheater zu schließen, waren vor allen Dingen CDU und FDP von ihren Plänen für die weitere Nutzung unbedingt überzeugt. Genutzt hat es nichts.

Das Stadttheater als Spielort für Gambler wurde finanziell ein Desaster. Das Drei-Säulen-Modell, bestehend aus Handel, Gastronomie und Kultur, als Gegenentwurf zu dem Bürgerentscheid für den Erhalt des Stadttheaters: gescheitert. Diverse Ausschreibungen und Wettbewerbe: gescheitert.

Und alle Anzeichen sprechen dafür, dass das neue Konzept ebenfalls scheitern wird.

29.000 qm an dieser Stelle, im Verbund mit anderen Flächen sind 37.000 qm in einer Hand möglich, sind zu viel. Das Gutachten der Verwaltung weist einen Kaufkraftverlust von bis zu 15% in Rheydt

und in den Bezirken aus. Die Folge wird die weitere Schließung von Geschäften in den Bezirken sein.

Der Fraktionsvorsitzende der CDU, Herr Besten hat im Hauptausschuss erklärt, er würde mit diesem Projekt gern wieder die Leute, die früher hier auch eingekauft haben, zurückholen. Für ihn ist die Frage des Wegbleibens eine Frage des fehlenden Magnets an dieser Stelle.

Wir sehen hier andere Gründe. Erstens haben die Leute nicht mehr so viel Geld, um so zu konsumieren wie in den 80er/90er Jahren. Die BRD hat im achten Jahr hintereinander einen Reallohnverlust zu verzeichnen. Im Gegensatz zu Ländern wie Frankreich, England, Irland usw. Das sehen auch diverse Geschäfte in unserer Stadt. Nachzulesen in der Begründung, warum Strauß mit einer Filiale aus Mönchengladbach weggeht. Nachzulesen in der Begründung, warum die Filiale von Wehmeyer in Rheydt eine von denen ist, die dicht macht.

Weiter letzte Seite



Nein zum Krieg gegen Afghanistan

Weitere 14 Monate wird sich Deutschland am Krieg gegen Afghanistan beteiligen, wird die Region am Niederrhein mit ihren AWACS-Flugzeugen in Geilenkirchen und dem Hauptquartier der Schnellen Eingreiftruppe in Mönchengladbach-Rheindalen in diesem Krieg eine besondere Rolle spielen. Die in Geilenkirchen stationierten AWACS-Flugzeuge liefern im Krieg am Hindukusch die für Bombenangriffe notwendigen Photos, in Mönchengladbach-Rheindalen fallen wichtige Planungsentscheidungen für die Einsatzkräfte der ISAF-Soldaten.

Mit ihrem jüngsten Beschluss, die in Afghanistan stationierten deutschen Truppen um weitere 1000 Soldaten aufzustocken, hat die Bundesregierung deutlich gemacht: Ein Ende des Kriegseinsatzes „unserer“ Soldaten gegen das Land am Hindukusch ist nicht abzusehen.

Dieser Kriegseinsatz hat zwischen 20.000 und 50.000 Menschen das Leben gekostet. Die Angriffe der alliierten Truppen richteten sich gegen Hochzeitsgesellschaften, ganze Dörfer, einzelne Zivilisten.

Längst hat jeder Zeitungsleser begriffen, was aus den zu Beginn des deutschen Engagements noch großspurig verkündeten Versprechungen eines Aufbaues demokratischer Strukturen in Afghanistan geworden ist, wo die eigentlichen Prioritäten liegen:

Die Kosten für den militärischen Einsatz der Bundeswehr liegen vier mal über den Kosten für den zivilen Wiederaufbau des Landes. Und auch bei den zivilen Kosten

darf getrost in Frage gestellt werden, ob diese Beträge wirklich den Menschen vor Ort zu gute kommen, oder nicht eher den korrupten Beamten des Karsai-Regimes und deutschen Consulting-Firmen zufließen.



*Bernhard Clasen
Sprecher der Partei DIE LINKE.MG*

Die Verlängerung des Bundeswehr-Mandates um weitere 14 - und nicht wie bisher 12 - Monate zeigt: Niemand in der Bundesregierung will, dass die nächste Verlängerung des Bundeswehrmandates in den Bundestagswahlkampf 2009 fällt. Da nämlich könnte es passieren, dass viele Menschen, die den Bundeswehreinsatz ablehnen - Meinungsumfragen zufolge lehnt die Mehrheit der Bevölkerung den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan ab - ihre Wut über die Entsendung der Bundeswehr in das Ausland mit ihrer Stimme für die einzige Partei zum Ausdruck bringen, die den Krieg gegen Afghanistan ablehnt: DIE LINKE.

DIE LINKE.
Mönchengladbach

Norbert Post und die Förderung von Arbeitslosenberatungen

Im Zusammenhang mit der Einstellung der Finanzierung des Landes für unabhängige Arbeitslosenberatungen, zu denen auch das Arbeitslosenzentrum Mönchengladbach gehört, wird der Mönchengladbacher Landtagsabgeordnete der CDU in der Öffentlichkeit mit der nachfolgenden Feststellung wiedergegeben:

„Es könne nicht die Aufgabe eines Bundeslandes sein, Arbeitslosenzentren zu fördern, die Bescheiden der staatlichen Argen widersprechen.“

Zum einen ist festzustellen, dass die Angebote von unabhängigen Beratungsstellen umfassend sind. Eine Hilfestellung bei der Formulierung eines Widerspruches ist nur ein geringer Teil des Angebotes. In der Regel steht die umfassende Erfassung der Problematik eines Hilfesuchenden (Finanzsituation, Wohnsituation, soziale Beziehungen, Beziehungssituation, gesundheitliche Problematik) mit der entsprechenden Vermittlung von Hilfen in diesen Bereichen im Vordergrund. Beratungen, die die Argen nicht leisten können.

Wenn nun Herr Post den Aspekt der Widersprüche herausgreift und deshalb die Förderung insgesamt ausschließt, dann kann aus der Äußerung nur geschlossen werden, dass es für Herrn Post ein Ärgernis ist, wenn unabhängige Beratungsstellen die Betroffenen über ihre Rechte und Pflichten aufklären und versuchen, dem Gesetz Geltung zu verschaffen.

Keine Gesetzgebung mit den entsprechenden Ausführungsbestimmungen in der Geschichte der BRD ist so fehlerhaft bzw. unzureichend wie die Hartz-IV-Gesetzgebung. Das Bundesverfassungsgericht hat unlängst den Kern dieses Gesetzes für verfassungswidrig erklärt. Die Sozialgerichte und die Landessozialgerichte informieren über einen enormen Anstieg von Klagen gegen Entscheidungen der örtlichen Argen. Über 40 % der Klagen bei den Sozialgerichten sind erfolgreich. Schon heute ist Folgendes klar:

Was der Staat durch Hartz IV an Sozialleistungen einspart, wird für Bürokratie und Gerichtskosten wieder verpulvert.

Herr Post sollte sich vor Augen halten, dass nicht die Hilfestellungen bei Widersprüchen das Problem sind. Betroffene erfahren, dass ihre Widersprüche im Gerichtsverfahren erfolgreich sind und erleben dann einen Landtagsabgeordneten der CDU vor Ort, der sich statt für die Abschaffung der Missstände, für die Abschaffung der Aufklärung und Beratung darüber einsetzt. Das ist das Problem!

Impressum

V.i.S.d.P:

DIE LINKE. / Helmut Schaper
Mönchengladbach

Postfach 30 10 01
41191 Mönchengladbach

Telefon: 0 21 66 / 979 22 43

Fax: 0 21 66 / 979 22 42

E-Mail: info-die-linke@solargeneration.de

Web: www.die-linke-zeitung.de

Zweierlei Maß?

Der international bekannte Mönchengladbacher Künstler, Gregor Schneider, wird Ende Oktober sein Ausstellungsprojekt „End“ am Museum Abteiberg eröffnen. Dabei handelt es sich um eine schwarze Außenskulptur in Form eines Trichters, der dann ins Museum Abteiberg zu weiteren Erstpräsentationen von Gregor Schneider führt. „End“ ein Projekt, das sicherlich auch über Mönchengladbach hinaus Beachtung und zu mehr MuseumsbesucherInnen führen wird.

So weit so gut? Wären da nicht die Kosten. Anfangs erklärte der zuständige Dezernent, Dr. Gert Fischer, auf die Stadt würden im Zusammenhang mit diesem Projekt keine Kosten zukommen.

In der Ratssitzung am 24.9.08 mussten jedoch im Zusammenhang mit einer Dringlichkeitsentscheidung zu diesem Projekt 100.000 EUR zur Verfügung gestellt werden. Diese Kosten wären sicherlich angesichts der Bedeutung dieses Projektes für das Museum zu verantworten. Wäre da nicht auch der Tagesordnungspunkt der Erhöhung der Beiträge für die Musikschule. Damit will die Stadt zusätzliche Einnahmen von 65.000 EUR erzielen.



Hier wird die Ungerechtigkeit sichtbar.

Musikalische Erziehung muss grundsätzlich kostenlos sein. Sie ist genauso wichtig für die Entwicklung der Gesamtpersönlichkeit von Kindern wie Mathematik und die eigene Sprache. Durch Preiserhöhungen werden letztlich diejenigen Kinder von der musikalischen Erziehung ausgeschlossen, deren Familien in finanzieller Armut leben.

Die Förderung von angewandter Kunst, wie das Projekt „End“, ist wichtig.

Genauso wichtig, bzw. viel wichtiger ist es, dass Kinder an Kunst herangeführt werden und Kunst verstehen lernen, unabhängig vom Einkommen und der Zahlungsfähigkeit der Eltern.

Bürgerantrag Sozialfond

Schulpflichtige Kinder, deren Eltern Hartz IV bekommen, müssen einen Eigenanteil für die Schulbücher entrichten. Schulpflichtige Kinder von Eltern, die Leistungen nach dem SGB XII bekommen – gleiche Leistungen wie Hartz IV – sind vom Eigenanteil für die Schulbücher befreit. Dies ist eine schreiende Ungerechtigkeit, die gesetzlich so festgeschrieben ist.

Dagegen hat es schon vielfältige Proteste gegeben. Aber alle Initiativen wurden damit abgebügelt, dass der Gesetzgeber, in diesem Fall ein Bundesgesetz, das schließlich so festgelegt hat. Ein Eingeständnis dahingehend, dass der Gesetzgeber es schlicht versäumt hat, eine Gleichstellung im Gesetz vorzunehmen, kommt den Verantwortlichen nicht über die Lippen.

Damit diese Ungerechtigkeit bis zu einer eventuell zustande kommenden Gesetzesänderung ausgeglichen wird, hat der Mönchengladbach Bürger Carsten Göhlmann einen Bürgerantrag an den Rat der Stadt Mönchengladbach gerichtet, unter den er nun Unterschriften sammelt.

Der Bürgerantrag hat zum Ziel, einen kommunalen Sozialfond einzurichten, wie es zum Beispiel die Stadt Oldenburg auch gemacht hat, aus dem dann die Lernmittel für Hartz IV EmpfängerInnen bezahlt werden.

Wir unterstützen diesen Bürgerantrag.

Wer ihn auch unterstützen will, kann ihn unter unserer Internetseite

www.die-linke-mg.de

runterladen und Carsten Göhlmann zuschicken. Auch wäre es sehr erfreulich, wenn ihm Betroffene bei der Sammlung von Unterschriften helfen würden.

Hartz IV-Tipp

Auf Versicherungspauschale achten

Nicht nur Menschen, die geringfügig beschäftigt sind, steht beim Leistungsbezug nach dem SGB II (Hartz IV) die Versicherungspauschale in Höhe von 30 EUR zu.

Auch volljährige BezieherInnen von Leistungen nach dem SGB II haben bei einem leistungslosem Einkommen, z. B. Rente oder Unterhaltszahlungen, einen Anspruch auf diese Versicherungspauschale in Höhe von 30 EUR.

Diese Pauschale muss vom leistungslosen Einkommen abgezogen werden.

Liegt zum Beispiel eine Unterhaltszahlung von 200 EUR vor, so dürfen als Einkommen nur 200 EUR minus 30 EUR = 170 EUR angerechnet werden.

SAHRA WAGENKNECHT



Am 05.11.2008 - 19:30 Uhr - „Haus Zoar“
Kapuzinerplatz 12 - Mönchengladbach
„Drei Hauptflügel des Neoliberalismus“
Vortrags- und Diskussionsabend

Privat vor Staat?

Die Sparkasse ist eine feste Institution in unserer Stadt! Sie arbeitet mit Gewinn und führt den Gewinn an die Stadt ab. Jahr für Jahr betreibt die Sparkasse eine breite finanzielle Förderung im sozialen, kulturellen und sportlichen Bereich. Ohne sie stünde es um das Vereinsleben in unserer Stadt noch schlechter.

Als Ausbildungsbetrieb hat sie einen guten Ruf, zumal sie auch wirklich ausbildet. Und wenn Menschen, die von Hartz IV leben müssen, woanders kein Konto mehr bekommen, die Sparkasse bietet die Möglichkeit für ein Guthabenkonto.

Begriffserklärung:

Privatisierung

bezeichnet die Veräußerung und Umwandlung öffentlichen Vermögens in Privateigentum. Sie basiert auf der (wirtschaftsliberalen) Überzeugung, dass der Anteil des öffentlichen Sektors zugunsten der privaten Wirtschaft zurückgedrängt werden müsse. Privatisierung ist daher meistens mit weiteren Formen der Entstaatlichung, Deregulierung etc. und dem Abbau öffentlicher Verantwortung verbunden.

Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung

Das will die CDU/FDP-Landesregierung augenscheinlich ändern.

Nach dem neuen Gesetzentwurf soll das Trägerkapital ausgewiesen werden können, mit eventuellen Nachteilen für die Kommune in Form einer möglichen Privatisierung. Die Sparkassen werden zur Zusammenarbeit mit der WestLB gezwungen. Die Gemeinnützigkeit mit regelmäßi-

gen Ausschüttungen an Vereine und Verbände ist in Gefahr. Gefährdet sind auch Filialen der Sparkasse und Arbeitsplätze.

Spannend wird es, wie sich die CDU Landtagsabgeordneten Post und Schroeren im Landtag verhalten werden.

Nicht nur SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE. und die Gewerkschaft ver.di ist gegen das Gesetz.

In einem gemeinsamen Offenen Brief an NRW-Finanzminister Helmut Linssen (CDU) sprechen sich 17 Wohlfahrtsverbände gegen das geplante Sparkassengesetz aus, darunter die größten Verbände wie Caritas, Diakonie und Rotes Kreuz. Der Verwaltungsratsvorsitzende, Wilfried Fabel, von der CDU in Krefeld, rät sogar zur Klage, wenn der Entwurf nicht geändert wird.

Arbeiter

Lest und verbreitet *



www.kossawa.de

Die Onlinezeitung für ein entspanntes Geistesleben!
*Das gilt auch für Angestellte, Beamte und Selbstständige

Fortsetzung von Seite 2

Zweitens halten wir die Berechnung für den Kaufkraftsog aus dem Umfeld für falsch. Neuss plant ebenfalls für 2010 den Huma-Einkaufspark mit 40.000 qm. Duisburg hat gerade mit 57.000 qm eröffnet, Centro in Oberhausen erweitert auf 100.000 qm. Offen ist, ob Krefeld nicht auch noch ein Einkaufszentrum plant.

Und das bei Beibehaltung der eh schon stabilen Einkaufsgewohnheiten von Mönchengladbachern in Richtung Düsseldorf. Bei den Konstellationen wird nicht viel Kaufkraft von außerhalb in Mönchengladbach landen. Was bleibt, ist eine Verteilung der innerstädtischen Kaufkraft in Richtung neues Einkaufszentrum, was, wie dargestellt, zu weiteren Schließungen in Rheydt und in den Bezirken führen wird.

Wir halten eine Abkehr von der Oberzentrumsideologie für notwendig.

Unsere Vorstellung ist die Stärkung der vorhandenen Zentren in der Stadt. Eine Dezentralisierung. Dies könnte für den Standort Stadttheater folgendes bedeuten:

Gestaltung des Bereiches ehemaliges Schauspielhaus entsprechend der inhaltlichen Vorgaben des 3-Säulenmodells Handel, Gastronomie und Kultur. Offene Bauweise und Plätze zum Verweilen statt einseitige Ausrichtung nach innen in ein Center. Sozialverträglich gegenüber den anderen Stadtteilen ausgerichtete Verkaufsfläche, was aus unserer Sicht eine maximale Verkaufsfläche von 10.000 qm bedeuten würde. Einbeziehung aller Gruppen in die Vorplanung in Form eines Bürgermarktes mit Anwohnern, Händlern und Eigentümern, wie der Düsseldorfer Stadtplaner Dr. Bonin es anhand der Planung der Bilker Arkaden dargestellt hat.

www.die-linke-mg.de/mg-city

Und es bedeutet weiter, gezielte Anstrengungen auch für die Stärkung anderer Stadtbezirke zu unternehmen. Speziell für Rheydt würde dies bedeuten, die eigenständigen Merkmale des Zentrums herauszuarbeiten und diese planerisch zu unterstützen und zu stärken, wie es zum Teil jetzt schon geplant wird, ferner ähnliche Überlegungen für die Zentren in den Bezirken anzustellen.

Diese Herangehensweise ist eine andere als die Stärkung eines Standortes mit der einkalkulierten Schwächung der anderen.

Die LiLO – Linke Liste Mönchengladbach wird der Vorlage der Verwaltung nicht zustimmen.“
